

Nichts ist für uns selbstverständlicher, als daß für jede deutsche Politik die wahre Stimmung des Auslandes ein nicht zu unterschätzender Faktor ist. Aber ebenso sicher ist es auch, daß alle die Pressestimmen des Auslandes, die in heftigen Entscheidungen nicht weiter als tendenziöse Mahnungen sind, alles andere als die wahre Stimmung des Auslandes darstellen. Daß man bei uns den ungeheuren Weltberühmtheit mit den 14 Punkten Wilsons vergesse? Damals hätte die Welt wider von den Weltkämpfen des ewigen Friedens der Verständigung und der Völkerverbrüderung, und sie waren für die Führer der heute noch mit dem Auslandschreck arbeitenden Parteien der Ausdruck der wahren Weltmeinung, der aus der deutschen Staatsform den Forderungen Wilsons geopfert wurde. Der Erfolg dieser Unterwürfigkeit und Vertrauenslosigkeit war das Verfall der Welt, das der wahre Ausdruck der Meinung des Auslandes war, so sehr daß noch heute, sechs Jahre nach dem größten Vertrauensbruch, keine ernste Bewegung gegen dieses Diktat zum Durchbruch kommt. Ist es heute vergessen, daß die damalige „Stimmung des Auslandes“ so nachhaltig auf die deutsche Linke wirkte, daß man selbst die Schuld an Verfall des Reiches noch bei uns suchte? Jahrzehnte haben wir uns zum Narren lassen lassen von einer Auslandsmeinung, die immer dann einmütig zugab, daß ein Erwachen Deutschlands drohe. Die deutschen Illusionen haben die Stimmung des Auslandes zu vernehmen geglaubt, als MacDonald und Herrick die Röhre der völkerverbrüdernden Demokratie aufzurichten. Beide sind heute gestürzt von der wahren Weltstimmung, die sich nicht in Illusionen, sondern in nationalen Zielen äußert. Wir sollten aus der Geschichte der letzten Jahre gelernt haben, daß der Reichspräsident, unter dem das Völkerverbrechen in Szene trat, nicht Hindenburg, sondern Ebert hieß, und daß der Reichspräsident, dem die Auslandsmeinung die mächtigsten 132 Goldmilliarden Reparationen und den Verzicht auf das deutsche Oberschlesien „aufzwang“, nicht Hindenburg, ein Demokrat, Republikaner und Pazifist von reinem Wasser war. Man hatte uns prophesiert, daß ein Sieg der Reichsparteien in der Wahl des vorigen Jahres eine Woche später in Frankreich den Wahltag Poincaré zweifelslos machte. In Deutschland wurden die deutschnationalen die härteste Fraktion des Reichstages, eine Woche später aber steckte in Frankreich nicht Poincaré, sondern Herrick. Und wenn man die mächtigste Dege des Auslandes gegen die Bildung der Reichsregierung Luther der letzten von Chamberlain gestützt über die Massen freundlichen Be-

urteilung Putters in England gegenüberstellt, so wird der Auslandschreck, den die deutsche Linke vor ihren wackligen Parteigenossen spannt, zu einem abartiglichen Wau, der auch die härtesten Völkerverbrüder nicht mehr zum Ziehen bringen können. Was die Auslandschrecke widerpiegelt, ist nicht der Ausdruck der wahren Stimmung des Auslandes, sondern eine plumpe, von den fremden Regierungen gebilligte und von den deutschen Marginalien inszenierte tendenziöse Wahlmasse, um den Mann in Frankreich aus Mader, zu bringen, der der Londoner und Pariser Politik am bequemsten ist. Das ist der wahre Hintergrund dieser „Auslandsmeinung“, die uns immer betrogen hat, und wenn die deutsche Linke trotzdem mit ihr heute noch Geschäfte machen zu können glaubt, so ist das nichts weiter als eine Spekulation auf die Irreführbarkeit der Wähler. Eine Spekulation, die aber in empörender Weise dadurch gefördert wird, daß das offiziöse WTB, jede Degeneration aus London und Paris befreit, eine so beachtenswerte objektive Haltung wie die der „Sunday Times“ aber mit einem nichtsagenden Satz abtut.

Noch klingen die schlichten und ersten Worte der Oberbühnen des bewährten Führers Hindenburg in den Ohren der Wähler: „Den Glauben an das deutsche Volk und an den Bestand Gottes habe ich nie verloren. Ich bin aber nicht mehr jung genug, um an einen plötzlichen Umschwung der Dinge zu glauben. Kein Krieg, kein Aufstand im Innern kann unsere gesesselte, leider durch Verrat und opportunistische Nation befreien. Es bedarf langer, ruhiger, friedlicher Arbeit.“ Das ist die „Heranforderung Europas“ für die „Times“ und ihre deutschen Einflüßler! Für uns aber sind diese Worte das Bekenntnis eines Mannes, von dem im Kriege nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt überzeugt war, daß er nicht unternehme, was er nicht gründlich auf seine Durchführbarkeit geprüft hätte. Er als Hauptbühnenführer im Kriege weiß es wahrlich, daß uns seine Abenteuerpolitik frommen kann. Der Glaube an das deutsche Volk ist ihm die Richtschnur seines Handelns. Er ließ ihn sich in den trübsten Tagen seines Volkes schon einmal der Republik zur Verfügung stellen. Und dieser unerwarteter Glaube an das deutsche Volk allein darf maßgebend für den deutschen Wähler sein. Keine verlogene Tendenznahme des Auslandes, sein Einschüchterungsversuch und keine Wahlmasse parteipolitischer Geschäftemacher kann und wird uns daran hindern, mit der erhabenen Führerpersonlichkeit Hindenburgs unbeeinträchtigt den langen und harten Weg zu gehen, den uns Würde, Ehre und Wohl des Vaterlandes vorzeichnen.

Die Fortsetzung der Rede des Wirtschaftsministers.

Die Passivität unserer Handelsbilanz
 mit rund 4 Milliarden seit dem 1. Januar 1924 liete einen Anhaltspunkt für die Abbe der neuen und wieder herein-gekehrten Auslandsbilanz. Die Steigerung der deutschen Einfuhr sei eine Folge der Desorientierung fremder Kapitalisten. Darin liegt also, was die öffentliche Meinung oft verkenne, an und für sich noch nichts Bedenkliches. Die Gedanken beginnen erst bei der Frage, was für Einfuhren mit den zur Verfügung stehenden Devisen getätigt seien und ob diese dazu dienen, die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern, oder ob es sich um die Einfuhr höherer Konsum- und Luxusgüter handelt. In der Verwendung dieser Auslandsdevisen sei nach dem Ergebnisse der Handelsbilanz die erforderliche Wirtschaftlichkeit nicht erreicht. Man frage sich auch vergebens, wie die Kreditnehmer sich die spätere Abdeckung dieser Kredite in dem Maße vorstellen, daß das Ausland einmal aus irgendwelchen Gründen diese Kredite plötzlich zurückrufe.

Schwierigkeiten für die Währungsentscheidungen bei dem augenblicklichen Devisenstand der Reichsbank nicht. Woher aber der einzelne Betrieb die Mittel nehmen wolle, um diese Devisen zur Abdeckung seiner Verbindlichkeiten zu kaufen, das sei leider eine oft übersehene Frage. Mit innerer Kreditgewährung dürfte in solchem Falle nicht gerechnet werden, da die Reichsbank ihre Mittel zum Schutz der Währung zusammenhalten müsse. Dies bezieht sich für die einzelnen Betriebe eine ernste Gefahr, auf die das Reichswirtschaftsministerium in einem Rundschreiben an die Verbände und Organisationen mit großem Nachdruck aufmerksam gemacht habe. Zum Schluß seiner Ausführungen wies Minister Dr. Reubaus angesichts unserer schweren wirtschaftlichen Lage im Innern und nach außen auf die Notwendigkeit einer veränderten sachlichen Zusammenarbeit des Reichswirtschaftsministeriums mit den beratenden und gesetzgebenden Körperschaften hin. Er gedachte auch dabei des Entwurfs zum endgültigen Reichswirtschaftsrat, der zurzeit fertiggestellt werde. Die Arbeiten des Reichswirtschaftsrats würden nach diesem Entwurf in den Ausschüssen zu leisten sein. Es werde dafür Sorge getragen werden müssen, daß durch Beschränkung der Zahl der Mitglieder und Konzentration der Arbeit das Wissen und Können der in ihm vorhandenen Persönlichkeiten in vollem Maße nutzbar gemacht werde.

Rückgang der Erwerbslosigkeit.

Berlin, 15. April. In der Zeit von Mitte bis Ende März verminderte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 515.000 auf 497.000, d. h. um rund 3,5 Prozent. Im einzelnen senkte sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 475.000 auf 458.000, die der weiblichen von 40.000 auf 39.000. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstützungsempfängern) ist von 728.000 auf 663.000 zurückgegangen.

Geringe Erhöhung der Versorgungsgebühren.

Berlin, 15. April. Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerinteressierter Berlin teilt mit: Die Versorgungsgebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz wurden mit Wirkung vom 1. April um 3 Prozent auf 18 Prozent erhöht. Da bei der Zahlung der Versorgungsgebühren für April nur die bisher geltende Rentenerhöhung um 15 Prozent berücksichtigt wurde, wird bei der Zahlung der Versorgungsgebühren für Mai ein Ausgleich vorgenommen. Demzufolge werden einmalig 21 Prozent zur Auszahlung kommen. Die Forderungen können bei Zahlung der Zufahrtrente Mitte April die Rentenerhöhung nicht mehr berücksichtigen. Darum wird bei Zahlung der Zufahrtrente Mitte April noch der bisherige Satz von 15 Prozent zugrunde gelegt. Die Nachzahlung um 3 Prozent wird bei der Zahlung der Zufahrtrente Mitte Mai mit den laufenden Bezügen verbunden. Diese Rentenerhöhung gilt auch für reichsdeutsche Rentenempfänger im Ausland, die die Versorgungsgebühren in fremder Währung erhalten.

Dr. Simons zum bulgarischen Attentat.

Berlin, 15. April. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, hat aus Anlaß des Attentatsverluches an den König Boris von Bulgarien folgende Telegramme gerichtet: Ein Volk spreche sich anlässlich der glücklichen Errettung von dem verabschiedungswürdigen Vandalenüberfall die aufrichtigsten Glückwünsche und zugleich das wärmste Mitgefühl für die bedrängten Opfer aus. Dr. Simons, Stellvertreter des Reichspräsidenten, aus dem gleichen Anlaß hat Reichsminister Dr. Stresemann heute nachmittag dem bulgarischen Gesandtschaftsträger einen Besuch abgestattet und ihm die Anteilnahme der Reichsregierung sowie die Genugtuung über das Mithingen des Attentats auf den König von Bulgarien zum Ausdruck gebracht.

Freude über die Errettung des bulgarischen Königs

Sofia, 15. April. (Bulg. Tel.-Agentur.) Nach einem Dankgedächtnis fand eine großartige Kundgebung für König Boris von Bulgarien, wie sie die Hauptstadt noch nicht gesehen hatte, statt. Der Vorbesuch dauerte zwei Stunden. An der Spitze des Jubels standen sich der Ministerpräsident, die Ministrier des Kabinetts und der Kommandant, die im Namen der Regierung und des gesamten Volkes ihrer Freude darüber Ausdruck gaben, daß der König dem furchtbaren Unheil entronnen sei. (B. T. S.)

Die griechisch-türkischen Verhandlungen.

(Eigenes Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Athen, 15. April. Der Minister hat beschlossen, an die türkische Regierung eine Antwortnote auf die letzte türkische Note über alle kritischen Fragen zu richten. Die griechische Regierung erklärt sich bereit, einen Vertrag zu unterzeichnen, durch den bestimmt wird, daß Griechenland, die Konstantinopel vor 1922 verlassen haben, nicht mehr ermächtigt sind, sich auf unbestimmte Zeit in Konstantinopel niederzulassen. Griechenland schlägt vor, daß den Betroffenen eine Frist von vier Jahren gewährt wird, um ihren Grundbesitz in Konstantinopel zu verkaufen. In diesem Ausmaß schlägt Griechenland eine zweite Konvention vor, die den Wohnmechanikern, die Griechenland (d. h. Thrakien) vor dem Ende 1922 verließen, Entschädigungen zubilligt. In politischen Kreisen von Athen glaubt man, daß diese beiden Konventionen noch vor Ende dieser Woche unterzeichnet werden. Die Patriarchenfrage wird heute als geregelt angesehen. Griechenland hat seine Zustimmung dazu gegeben, daß die heilige Synode in Konstantinopel einen Patriarchen wählt. Wenn der ausgewählte Patriarch Konstantin VI. sich weigert weigert zurückzutreten, würde die heilige Synode ein Reglement durchzuführen, wonach ein Patriarch, der sein Amt nicht versehen kann, als zurückgetreten erachtet wird.

Die italienisch-ägyptische Spannung.

Rairo, 15. April. „Journal de Rairo“ bezeichnet die letzte italienische Note an die ägyptische Regierung in der Grenzfrage als „italienisches Ultimatum an Kairo“ und erklärt, die Lage sei so sehr akut, insbesondere da Italien keinerlei Zeitraum für die Erfüllung seiner Forderungen festsetzt habe. Das Blatt hält das Eintreten der britischen Regierung für unvermeidlich. (B. T. S.)

Der Kampf um die Reichspräsidentenschaft.

Ein Appell des Reichslandbundes.

(Drahtmeldung unter Berliner Schillleitung.) Berlin, 15. April. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: In der klaren Erkenntnis, daß die Größe des Reiches in der deutschen Geschichte nur dann begründet und gesichert war, wenn seine Leitung über den Parteien und außerhalb materieller Interessen hand, sich in ausreichender Verantwortlichkeit auf die intellektuellen Führerkräfte der Nation stützte, im Dienste des einen Ziels das Blüten und Weiden des Vaterlandes zu sichern, hat der Reichslandbund während des Wahlkampfes um das Amt des Reichspräsidenten sich stets für eine Sammelaktion und nicht für eine Parteiaktion eingesetzt. So trat er im ersten Wahlgang für Dr. Jarres ein, so ruft er jetzt, nachdem Dr. Jarres selbst Hindenburg gebeten hat, den Ruf weiterer Volksstimmten zu folgen, alle seine Mitglieder auf, ihre ganze Kraft für Hindenburg, der besten Vertretung deutschen Führertums, einzusetzen. Im selbstloser Treue hat sich der Feldmarschall bereit erklärt, dem deutschen Volke in entsagungsvoller Friedensarbeit zu dienen. Seine laute Persönlichkeit ist das beste Gegengewicht gegen die das deutsche Gemeinwohl bedrohenden Kräfte. Treue um Treue sei die Parole! Wer sein Vaterland liebt, verhilft in Hindenburg deutschem Willensbewußtsein, deutscher Opferbereitschaft, deutschem Glauben, deutscher Treue und deutscher Reinheit, verhilft allen guten Kräften der Nation zum Siege über den Parteigeh, der Deutschland in Revolution und Unheil geführt hat. Darum am 26. April alle Landbundsstimmen für den Feldmarschall Hindenburg!

Empfang bei Hindenburg.

Berlin, 15. April. Vom Reichsblock wird mitgeteilt: Am Sonntagabend findet in Hannover ein Empfang statt, an dem der Reichsblock Vertreter der ausländischen und der inländischen Presse und Vertreter der Wahlfreiauswähle in großer Zahl teilnehmen wird. Auf diesem Empfang wird Generalfeldmarschall v. Hindenburg eine politische Rede halten.

Der würdelose Auslandschreck der Linken.

Eine schwedische Stimme der Vernunft. Stockholm, 15. April. Zur Kandidatur Hindenburgs schreibt „Svenska Dagbladet“: Das Mißtrauen des Auslandes über die Tragweite der Machtbeschränkung des Reichspräsidenten, und die bisherige Erfahrung, daß eine deutsche Rechtsregierung für die Durchführung einer Verständigungspolitik besser geeignet sei, als wenn eine starke Rechte in Opposition stehe. Das Blatt hat Verständnis für diejenigen Deutschen, die von außenpolitischen Erwägungen aus die Aufstellung Hindenburgs mißbilligen, findet es aber schwer verständlich, daß die Kritik des Auslandes von einem großen Teil Deutscher als Waffe im Wahlkampf willkommen geheißen werde. Dieser Zustand sei betrübend für jeden Menschen mit elementarem nationalem Verstand. Die Wahrung der Selbstständigkeit auf dem Gebiete innerpolitischer Willensäußerung müsse im zwischenstaatlichen Verkehr schon aus eigenem Interesse peinlich beachtet werden. (B. T. S.)

Aussichtslose Bemühungen Marx' in Königsberg.

Berlin, 15. April. Aus ganz durchsichtigen Gründen hatte der Reichsblock seinen Kandidaten Marx bereits am dritten Oberbühnen nach Königsberg in Ostpreußen geschickt, um in dieser Stadt, die aus ihrem Dank für die Befreiung durch den Generalfeldmarschall v. Hindenburg niemals irgendein Wohl gemacht hat, für die Pläne des sogenannten Volksblocks zu werben. Die vaterländischen Verbände in Königsberg hatten es sich nicht nehmen lassen, eine recht heftige und energische Gegendemonstration gegen Dr. Marx zu veranstalten. In der Nähe der Stadthalle, in der Marx sprach, demonstrierte eine zahlreiche Menge unter Abhängen vaterländischer Lieber und Soldaten an Hindenburg. Obwohl die Straßen bis in die Abendstunden hinein ein sehr bewegtes Bild zeigten, kam es doch zu keinen ernstlichen Zusammenstößen. Es behielt kein Zweifel, daß Ostpreußen, ebenso wie beim ersten Wahlgang für Jarres, eine überwältigende Mehrheit für Hindenburg aufbringen wird.

Vor dem Ausschluß Müller-Meinings aus der demokratischen Partei.

Berlin, 15. April. Der Appell des bekannten bayerischen Demokraten Dr. Müller-Meinings an den Vorstand der Demokratischen Partei, Dr. Koch, in dem der genannte Vorsitzführer die deutsch-demokratische Reichsleitung ersucht, sich auf die Kandidatur Hindenburg umzustellen, hat bei den Berliner Demokraten außerordentlich verstimmend gewirkt. Wie verlautet, wird sich der demokratische Parteivorstand mit der Angelegenheit noch besonders beschäftigen und feststellen, wie gegen Dr. Müller-Meinings vor-

gegangen werden soll. Es soll gegen Dr. Müller der Ausschluß aus der Partei beantragt werden. Sollte dies geschehen, so würden wohl auch gegen den pfälzischen Demokraten Dr. Hammer Schmidt und weitere namhafte Demokraten die gleichen Maßnahmen angewendet werden müssen.

Ein objektives englisches Urteil über Hindenburg.

Die Art, wie das offiziöse Wollfische Telegraphen-Bureau über die Aufnahme der Kandidatur Hindenburgs im Ausland berichtet, ist leider nicht geeignet, die deutsche Öffentlichkeit genau über die dortige Stimmung zu unterrichten. Bezeichnend für die angewandte Methode ist z. B., daß das genannte Bureau kürzlich eine Ausfaltung des Londoner „Observer“, worin Hindenburg als Organisator reaktionärer Intrigen, und durch sonstige Verdächtigungen herabgesetzt wurde, zur Freude unseres Vintroditalismus ausführlicher wiedergab, während eine lebhafte für Hindenburg einsetzende Betrachung der „Sunday Times“ mit einer ganz kurzen Erwähnung abgetan wurde. Nunmehr liegt der Artikel des letztgenannten Blattes ausführlich vor. Er enthält folgende, die deutsche Weltöffentlichkeit und die Person Hindenburgs mit Verständnis würdigende Darlegungen:

Hindenburg ist nun immer noch eine völkertümliche Idealgestalt. Besonders auch für Millionen deutscher Hausfrauen“ ist er auch heute noch der große Soldat, der nicht davongelaufen ist, der seine Truppen 1918 in unerklärlicher Ordnung nach Deutschland zurückführte, der auch niemals seinem persönlichen Feind, dem Exzalter, trotz aller persönlichen Gefahren, den Rücken wandte. Andererseits hat Hindenburg trotz dieser persönlichen Vortatlichkeit den Hohenrollern gegenüber sich niemals in irgendeiner der monarchistischen Verschwörungen, wie dem über aufgenommenen Rapp-Putsch oder die Ollter-Bewegung, hineinziehen lassen. Als vor einem Jahre sein Freund und Kamerad Eubendorff in München wegen Verungünstigung der Gegenrevolution angeklagt wurde, weigerte sich Hindenburg, seinen Einfluss für ihn einzusetzen. Er stellte öffentlich fest, daß Eubendorff sich gegen die Befehle der Republik vergangen habe und die Konsequenzen tragen müsse. Und ebenso hat Hindenburg kurz vor dem Tode des Präsidenten Ebert den Patriotismus Eberts ohne Jögern anerkannt, obgleich dieser sein ärztlicher politischer Gegner war. Alle diese persönlichen Eigenschaften des Feldmarschalls lassen ihn in den Augen aller der Millionen, die sich um Politik nicht viel kümmern, als den geeigneten Kandidaten erscheinen. Seine Gestalt drängt sich dem nationalen Fühlen und Hoffen eben auf. Diejenigen seiner politischen Freunde, welche unvernünftig die Nichtakzeptierung beweiseln, dem saftigst schuldlosigsten das Amt des Reichspräsidenten“ nicht anau- bieten, dessen Aufgaben, besonders durch das Parteigehäck im Reichstage, leicht über seine Kraft gehen könnten, haben sich jetzt trotzdem entschlossen, mit allen Kräften für ihn einzutreten, weil sie sich und ihm das traurige Schicksal eines Mißerfolges dieses letzten großen Ereignisses in seinem Leben ersparen möchten.“

Wie weit die ausländische Begehr.

(Drahtmeldung unter Berliner Schillleitung.) Berlin, 15. April. „Daily Telegraph“ hatte davon gesehelt, daß der Außenminister Dr. Stresemann oder das Reichskabinet veruchen wolle, Hindenburg zu einem Verzicht auf seine Kandidatur zu bewegen. Dieser schon an sich sehr faule Entschluß kennzeichnende Meldung wird jetzt dadurch der Dals vollends umgedreht, daß ein Berliner ausländischer Stelle erklärt wird, daß es sich bei den Ausfahrungen des englischen Blattes um nichts anderes als gegenstandslose Kombinationen handele.

Das Urteil des „Popolo d'Italia“.

Rom, 15. April. Die faschistische Presse erblickt in der Kandidatur Hindenburgs in erster Linie den Beweis dafür, daß sich in Deutschland das Nationalbewußtsein und der Stolz auf eine große Vergangenheit nach vielen Jahren der Erniedrigung in großartiger Weise wieder rege. Mussolinis persönliches Blatt, „Popolo d'Italia“, widmet der Rückkehr des Feldmarschalls „einen bedeutungsvollen Leitartikel, in dem ausgeführt wird, daß die Aufstellung Hindenburgs ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung für die deutsche Republik sei. Die politische Bedeutung der Kandidatur liege in der Vergangenheit, dem Ansehen, dem Haub und der Ueberlegenheit dieses Mannes. Hindenburg war unzweifelhaft einer der genialsten Feldherren des großen Krieges. Die Kandidatur Hindenburgs, um den sich leidenschaftlich Parteien und Männer scharen, zeige, daß ein großer Teil des deutschen Volkes des Sozialismus, der Demokratie, der Jugendkündnisse und der Demütigung müde ist.“

Vetling, 15. April.

Der zum Postkister in Berlin ernannte amerikanische Gesandte Schurmann ist nach Schanghai abgereist, von wo er sich am Sonntag auf dem Dampfer „Präsident Jackson“ nach Washington begibt.